

Impuls

**Wie weiter mit der
Schweizer Aussenpolitik**

Das offizielle Infoheft der Jungen Mitte Kanton Luzern



Inhalt

Editorial	3
Gesicht der Jungen Mitte Kanton Luzern	
Jiline Casanova	5
Kantonales Thema	
Braucht es schnellere Bewilligungsverfahren für Windenergieanlagen?	7
Nationale Themen	
Soll die Schweiz Deutschland Waffen liefern?	8
Die Neutralität der Schweiz	9
Sondertribunal - Ist das wirklich nötig?	12
Wie soll die zukünftige Aussenpolitik der Schweiz aussehen?	14
News aus Die Junge Mitte Kanton Luzern	
Junge übernehmen Verantwortung	15
Regierungsratskandidatin Andrea Kaufmann	16
Gastkolumne von Kantonsrätin Michaela Tschuor	
Welche Rolle hat die Schweiz im Krieg gegen die Ukraine?	17
Patronatskomitee	19
Impressum	19

Editorial

Liebe Leserinnen,

Liebe Leser

Blicke ich auf meine erste Ausgabe vor zwei Jahren zurück, so war die Corona-Pandemie sowie die Namensänderung zur «Die Junge Mitte» die Hauptthemen. So hat uns die Corona-Pandemie auf schmerzliche Weise aufgezeigt, wie rasch sich doch eine Krankheit in einer vernetzten und globalisierten Welt ausbreiten kann. Auch wurde uns bewusst, wie anfällig die Weltwirtschaft sein kann. Die Folgen waren Lieferunterbrüche und die Weltwirtschaft kam ins Stocken. Auf der anderen Seite vollzog unsere Partei den Namenswechsel und kann sich seither über einen stetigen Wachstum an Mitgliedern freuen.

Weitere Themen wie Gesundheit und Landwirtschaft folgten in den nächsten Ausgaben und es schien, dass wieder der gewohnte Rhythmus einkehren würde. Mit dem Überfall auf die Ukraine folgte jedoch erneut ein Ereignis, welches bis heute Einfluss auf uns hat und auch in Zukunft noch haben wird. Oder wie der Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede vor dem Bundestag sagte: «Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf, ob wir es Putin gestatten, die Uhren zurückzudrehen in die Zeit der Großmächte des 19. Jahrhunderts, oder ob wir die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen.»



Gilles Ineichen, Redaktionsleiter

Seither tobt der Krieg in der Ukraine, der am 24. Februar 2022 von Russland gestartet wurde und auch dieses Ereignis zeigt uns wieder deutlich auf, wie abhängig wir doch vom Ausland im Energiesektor sind. Der Krieg in der Ukraine hat aber nicht nur einen grossen Einfluss auf die Energiepolitik in Europa, sondern auch auf den Frieden in Europa und somit auch auf die Schweiz. Daher befasst sich diese Ausgabe bewusst mit der Sicherheitspolitik in Europa. Auch werden Fragen gestellt hinsichtlich der Ausenpolitik der Schweiz. So etwa wie es mit der Neutralität der Schweiz aussieht. Kann die Schweiz wirklich

neutral bleiben, wenn autoritäre Staaten sich über das Völkerrecht hinwegsetzen? Der Krieg in der Ukraine zeigt aber auch deutlich auf, dass wir vorwärts machen müssen beim Ausbau von erneuerbaren Energien.

Zu guter Letzt möchte ich noch darüber informieren, dass ich mit dieser Ausgabe von meiner Funktion als Redaktionsleiter zurücktrete. Einerseits hat sich mein Arbeitspen-

sum an der EHL Hospitality Business School in Lausanne erhöht und andererseits möchte ich meinen Fokus stärker auf mein Engagement im Vorstand Die Junge Mitte Wahlkreis Willisau legen. Ich bleibe somit der Partei erhalten. Es hat mir stets Freude bereitet und an dieser Stelle möchte ich all jenen Personen danken, die mich stets unterstützt haben. Sei es beim Schreiben von Beiträgen oder beim Erteilen von wertvollen Tipps. Speziell möchte ich mich noch bei Esther

Unternährer-Hagmann bedanken, die für mich immer das Layout gemacht hat: Du hast stets eine super Arbeit gemacht! Meine Nachfolge wird Larissa Schuhmacher und Benedikt Aregger übernehmen. Ich wünsche euch viel Freude und Genugtuung.

Viel Spass beim Lesen und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Gilles Ineichen

Gesicht der Jungen Mitte:

Jiline Casanova

Wie hast du zur Die Jungen Mitte Kanton Luzern gefunden und wieso bist du geblieben?

Durch den Vorstand des JUKALU bin ich zum ersten Mal in Kontakt mit anderen jungen politisch interessierten Personen gekommen. In dieser Zeit war es zwar durch Corona eher schwierig neue Kontakte zu knüpfen, jedoch habe ich in dieser Zeit meine Leidenschaft für das Politisieren entdeckt. Durch meine ersten Erfahrungen in einem politischen Vorstand konnte ich die Parteipolitik langsam kennenlernen. Die ersten Anlässe und Diskussionen brachten mich dazu meine politische Ausrichtung zu erkundigen. Dabei kamen bei mir Fragen auf wie: «Welche Werte sind mir persönlich wichtig? Oder für was setzte ich mich ein?». So konnte ich das Wissen über Werte und Ansichten verschiedener Parteien erlangen. Die Entscheidung, welcher Partei ich nun beitrete, habe ich aus dem Bauch heraus entschieden, aufgrund den großartigen Persönlichkeiten, welche ich zu Beginn meiner Zeit kennenlernen durfte. Je mehr ich von dieser Partei kennenlernen durfte und desto mehr neue Netzwerke ich geknüpft habe, je mehr habe ich mich in der Gesellschaft Die Jungen Mitte Kanton Luzern wohlfühlt und mich getraut aktiv mitzupolitisieren. Der gesellschaftliche Aspekt ist also für mich ein wichtiger Punkt, um mich in der Partei wohlfühlen.

Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Meine politischen Schwerpunkte zu definieren



Jiline Casanova

ren ist sehr schwierig, da ich mich mit vielen verschiedenen Themen beschäftige. Ein Anliegen ist es mir, mich für das Wohlergehen anderer Menschen einzusetzen. Eine gute Gesundheitspolitik liegt mir dementsprechend sehr am Herzen. Ein weiterer Punkt, ist die Förderung der Jungpolitik. Ich bin der Meinung, dass man auch schon in jungen Jahren lernen sollte, wie das Schweizer Polit-system aufgebaut ist und wie man sich für seine Zukunft einsetzen kann. Die Entscheidungen, welche heutzutage beschlossen werden, bestimmen unsere Zukunft. So ist es mir ein Anliegen, dass junge Personen aufgeklärt werden und somit die politische Partizipation gefördert wird.

Wie kann Die Junge Mitte Kanton Luzern mehr junge Menschen begeistern?

Die Junge Mitte kann durch ihre offene und

freundliche Art überzeugen. Wir akzeptieren jede Meinung und nehmen Menschen so wie sie sind. Genauso setzen wir uns für unsere Ziele ein, sind jedoch offen alle Perspektiven anzusehen, wir sind hartnäckig, aber fair. Das Miteinander ist immer spürbar, eine Eigenschaft, welche Die Junge Mitte zu einer grossen Familie macht. Diese Eigenschaften schätze ich sehr. Wir politisieren ganz nach unseren Grundsätzen, der Mensch im Fokus, die Sache im Zentrum und die Freude als Treiber. Mit diesen Grundsätzen legen wir die Basis neue, politikbegeisterte Personen anzuziehen und unser Netzwerk zu vergrössern.

Kürzlich wurdest du in den Vorstand der Jungen Mitte Kanton Luzern gewählt, herzliche Gratulation! Welche Herausforderungen möchtest du besonders anpacken?

Vielen Dank! Ich schätze es sehr, dass ich mich schon in jungen Jahren in einem partei-

politischen Vorstand einsetzen darf. Nebst meinen persönlichen Zielen, wie beispielsweise mein Wissen über die Politik zu vergrössern oder meine eigenen politischen Schwerpunkte zu verfolgen, liegt mir das Verfolgen gemeinsamer politischen Zielen sehr am Herzen. Gemeinsam mit der Partei etwas bewirken und sich für die Ansichten junger Menschen einzusetzen, begeistert mich sehr. Mit meiner Motivation und Energie möchte ich mehr junge Menschen dazu motivieren, sich für unsere Zukunft einzusetzen. Ebenfalls möchte ich die Partei stärken und einen Beitrag zum bevorstehenden Wahlkampfjahr leisten. Ich habe also viel vor und bin motiviert meine gesetzten Ziele zu erreichen, mit der Unterstützung Die Jungen Mitte Kanton Luzern sowie Die Junge Mitte Schweiz.

Braucht es schnellere Bewilligungsverfahren für Windenergieanlagen?

Von Nationalrätin Priska Wismer-Felder

Aus meiner Sicht ist diese Frage schnell und klar zu beantworten: JA! Mit den heutigen Verfahren und den Einsprachemöglichkeiten brauchen Windprojekte rund 20 Jahre von der ersten Windmessung bis zur Verwirklichung. Dabei wird für die Abklärungen und Planung häufig rund 8 Jahre benötigt, für die Bewilligungsverfahren jedoch noch einmal genau so lange oder gar länger. Diese langen Prozesse haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass die Schweizer Energiekonzerne in grossem Umfang in Windparks im Ausland investiert haben. Sie hätten gerne in der Schweiz investiert, aber bei solch langen Planungsauern sind die Unsicherheiten und Risiken zu gross.

Im letzten Jahr mussten wir jedoch schmerzlich lernen: diese Investitionen im Ausland nützen uns «nullkommanichts», wenn der Strom in der Schweiz tatsächlich knapp wird. Dieser Strom kommt nicht bis zu uns. Deshalb handeln nun der Bund und der Kanton Luzern, indem sie die Planungsschritte koordinieren und beschleunigen wollen. Im Kanton Luzern laufen zurzeit zwei Vernehmlassungsverfahren. Zum einen die Teilrevision des Richtplans, welcher Grundvoraussetzung für die Planung von Windrädern ist. Zum andern die Vernehmlassung über das Planungs- und Baugesetz, wodurch die Verfahren verkürzt werden sollen.

Aber brauchen wir denn überhaupt Wind-

strom in der Schweiz?

Auch auf diese Frage gibt es in meinen Augen nur eine Antwort: JA!

Windstrom hat auch in der Schweiz viele Vorteile, welche ihn unverzichtbar machen.

- Bei der Windenergie fallen 2/3 der Produktion im Winterhalbjahr an, also genau dann, wenn wir den Strom am dringendsten brauchen. Sie ist dadurch eine ideale Ergänzung zu den anderen erneuerbaren Energien wie Sonne und Wasser, bei denen die Hauptproduktionszeit im Sommerhalbjahr ist.

- Windenergie ist in der Ökobilanz fast unschlagbar. Die Gesamtumweltbelastung ist ähnlich gering wie bei der Wasserkraft und deutlich tiefer als bei allen anderen Stromtypen. Die graue Energie ist nach rund 6 Monaten im Betrieb bereits wieder kompensiert. Auch interessant: Je grösser die Windenergieanlage, umso besser fällt die Ökobilanz aus.

- Windenergie ist sehr platzsparend. Ein Windrad braucht die Grundfläche eines Einfamilienhauses und kann den Haushaltstrom von 10'000 Personen produzieren.

- Am Ende ihrer Nutzungszeit kann die Anlage in rund einer Woche demontiert werden und hinterlässt weder Spuren in der Landschaft noch umweltschädliche Abfälle.

Das sind einige Gründe, wieso es sich die Schweiz nicht leisten kann, auf die Windtechnologie zu verzichten, auch wenn sie nicht unsichtbar ist...wie alle anderen Energieproduktionsformen übrigens auch nicht!

Soll die Schweiz Deutschland Waffen liefern?

Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wird mitten in Europa wieder Krieg geführt, welcher noch bis vor Kurzem als undenkbar galt. Im Rahmen der internationalen Reaktionen hat der Bundesrat beschlossen, die Sanktionen der EU gegenüber Russland mitzutragen. Ein deutsches Gesuch zur Lieferung von Munition für seine Flugabwehrpanzer Gepard, welche er an die Ukraine geliefert hat, wies der Bundesrat indessen zurück.

Von Ludwig Peyer

Von langer Friedensperiode geprägte Aussen- und Sicherheitspolitik

Geprägt durch 77 Jahre Frieden in Europa, ist unsere Aussen- und Sicherheitspolitik stark vom Gedanken der Abrüstung und der friedlichen Streitbeilegung geprägt. So wurden die Bedingungen für Rüstungsexporte der Schweiz mehrmals verschärft. Waffen dürfen nicht an kriegführende Staaten geliefert werden. Der krieglerische Akt von Russland stellt dieses System aber mit einem Schlag in Frage. Plötzlich darf die Schweiz ihrem besten Nachbarn und NATO-Staat nicht mal mehr Munition liefern, während bspw. Saudi-Arabien und Jemen, welche sich beide in krieglerischen Auseinandersetzungen befinden, weiter mit Waffen beliefert werden.

Dass Gute ist der Feind des Besseren

Der deutsche Soziologe Max Weber hat die Begriffe Gesinnungs- und Verantwortungsethik geprägt, die in dieser Frage treffend unser moralisches Dilemma aufzeigen. So ist

es aus gesinnungsethischer Sicht Pflicht, keine Waffen an Deutschland zu liefern, denn sie werden ja offensichtlich direkt in einem Krieg verwendet. Demgegenüber ist es aus verantwortungsethischer Sicht legitim, diese Munition an Deutschland zu liefern, denn sie kann der Ukraine helfen, sich zu verteidigen und damit den Krieg verkürzen. Ein gutes Beispiel, wo das vermeintlich Gute sich im konkreten Fall als schlechtere Lösung - also als Feind das Besseren - erweisen kann.

Zeitenwende erfordert ein Umdenken

Der deutsche Bundeskanzler Scholz hat treffend von einer «Zeitenwende» gesprochen. Wer die Geschichte der Schweiz kennt, weiss, dass eines der Erfolgsrezepte ihre stetige Anpassungsfähigkeit ist. Daher müssen wir unsere Sicherheits- und Neutralitätspolitik justieren und mit etwas mehr Pragmatismus füllen. Dabei dürfen wir uns weder an den isolationistischen Äusserungen der Rechtspopulisten noch an den Moralpredigten der Linkspopulisten orientieren. Beide Pole irrlichtern momentan polternd und ohne Kompass in einer Welt herum, die nicht mehr diejenige ist, welche sie sich zurechtgelegt haben.

Somit plädiere ich für die sofortige Lieferung der besagten Munition an Deutschland. Denn was gibt es Besseres für die Schweiz, als einen Staat zu unterstützen, der Recht vor Macht stellt, und damit gleichzeitig einen Staat zu schwächen, der Macht vor Recht stellt!

Die Neutralität der Schweiz

Die andauernde Neutralität der Schweiz bildet den Grundsatz der Schweizer Aussenpolitik. Sie dient der Sicherung und Unabhängigkeit unseres Landes. Seit Februar 2022 standen die Auswirkungen des Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine auf Europa und die Schweiz im Fokus. Die zentrale Frage, die sich stellt, ist, wie viel Neutralität ist erlaubt? Genau diese Neutralität ist seit dem Krieg in der Ukraine wieder Gegenstand heftiger Debatten.

Von Josef Lusser

Laut Bundesverfassung treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung Massnahmen zur Wahrung unserer Neutralität. Der Rechtliche Kern der Neutralität bezieht sich auf die Haltung eines Landes gegenüber militärischen Konflikten zwischen Drittstaaten. Als neutrales Land darf sich die Schweiz nicht an Kriegen beteiligen. Auch staatliche Waffenlieferungen an Kriegsparteien sind nicht erlaubt. Die Schweiz darf auch nicht einem Verteidigungsbündnis wie der NATO beitreten. Das ist das Recht der Neutralität. Dieses ist Teil des Völkerrechts und nicht verhandelbar. Mehr Handlungsspielraum hat die Schweiz in ihrer Neutralitätspolitik, die die Glaubwürdigkeit der Neutralität im Kriegsfall sicherstellen soll. Generell kann man sagen, dass der Krieg in der Ukraine eine sicherheitspolitische Zeitenwende für viele europäische Staaten ist.

Auszüge der Geschichte

Wenn man historisch betrachtet, woher die Neutralität kommt, hat sie tatsächlich eine

lange Geschichte. Die Wurzel liegt in der Niederlage von Marignano, als die Schweiz zum ersten Mal sagte, dass sie von nun an neutral sein würde. Weniger im historischen Gedächtnis verankert ist das Jahr 1516, als die Schweiz mit Frankreich den sogenannten 'ewigen Frieden' schloss. Dieser ewige Friede mit Frankreich war im Prinzip ein Militärbündnis. Die Schweiz sicherte Frankreich Söldner zu, Frankreich bezahlte die Söldner, inklusive Pension. De facto stand die Schweiz unter einem militärischen Protektorat Frankreichs. Ob man dies als neutral bezeichnen will oder nicht, bleibt jedem selbst überlassen. Dieses Bündnis dauerte bis zum Ende der Napoleonischen Kriege. Während des Dreissigjährigen Krieges erklärte die Schweiz zum ersten Mal bewaffnete Neutralität; sie musste sich verteidigen, wollte aber neutral bleiben. Auf dem Wiener Kongress wurde der Schweiz die Neutralität zugestanden. Sie wurde gewährt, weil die Grossmächte ein Interesse daran hatten diesen neutralen Pufferstaat inmitten ihrer Konflikte zu haben. Damit niemand die Schweiz für sich beanspruchen konnte. Historisch gesehen ist dies ein sehr wichtiger und interessanter Punkt. Die Neutralität wurde 1815 am Wiener Kongress nicht vom Volk selbst gewählt, sondern sie wurde uns in erster Linie von aussen aufgezwungen. Sie wurde uns als Pufferstaat zugestanden. Die Neutralitätspolitik wurde im Laufe der Zeit unterschiedlich ausgestaltet. Im Jahr 1936 beschloss der Bundesrat, Sanktionen gegen Mussolini in Italien nicht zu unterstützen. Die Wirtschaftssanktionen der UNO gegen den Irak und dessen Machthaber Saddam Hussein hingegen hat der Bundesrat 1990 vollumfänglich übernommen.

men. Seit etwa dem Jahr 2000 verfolgt die Schweiz als Mitglied der UNO eine aktivere Neutralitätspolitik. Zum Beispiel durch die Entsendung von Truppen zur Friedensförderung in Konfliktgebieten wie dem Kosovo. Oder sie bietet, wie in der Vergangenheit, ihre guten Dienste an.

Was, wenn autoritäre Staaten sich über das Völkerrecht hinwegsetzen?

Als Ende Februar 2022 klar war, dass die Schweiz die EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland übernimmt, titelte und twitterte die New York Times, die Schweiz 'breche mit ihrer Tradition der Neutralität'. Wie kann dies beurteilt werden? Es ist überhaupt nichts Neues, dass die Schweiz EU-Sanktionen übernimmt. Das sagt auch der Neutralitätsbericht von 1993 klar. Es muss uns bewusst werden, dass die Neutralität der Schweiz keine Gesinnungsneutralität ist. Sie darf sich positionieren. Viele Vertreterinnen und Vertreter haben aber vermehrt innenpolitisch gemerkt, dass sie sich lange nicht über Neutralität unterhalten haben. Mit so einem Ereignis zeigt sich, dass alle unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was Neutralität ist und wo Neutralität hingehen soll. In der Aussenwahrnehmung merkt man, dass man es vielleicht verpasst hat, ein stärkeres Verständnis zu schaffen, dieses komplexe Phänomen zu erklären.

Die Schweiz hat bereits vor ihrer UNO-Mitgliedschaft, UNO-Sanktionen übernommen. Die UNO-Mitgliedschaft kam 2002. Sanktionen, die vom UN-Sicherheitsrat verhängt werden, müssen zwingend von allen Mitgliedern übernommen werden. Die Schweiz hat das vorher schon getan - aus

Zustimmung zum Völkerrecht. Im aktuellen Fall handelt es sich aber um EU-Sanktionen und nicht um Sanktionen des UN-Sicherheitsrats. Die Schweiz wäre nicht gezwungen, diese Sanktionen zu übernehmen. Der Sicherheitsrat ist blockiert, weil Russland drin ist. Es ist eigentlich nicht ironisch, sondern grausam. In diesem Fall kann der UN-Sicherheitsrat gar keine Sanktionen sprechen, weil Russland das Veto einlegen würde. Insofern ist die Übernahme der EU-Sanktionen bereits eine politische Position. Der Bundesrat hat sie meines Erachtens zu Recht damit begründet, dass es eine Position pro Völkerrecht ist. Also gegen die Verletzung des Völkerrechts, gegen den Aggressor. Das ist interessant, denn die UN hat den Krieg als Mittel verboten. Und als UNO-Mitglied muss die Schweiz sagen, dass bei einem Krieg der Aggressor verurteilt werden muss. Jetzt sind wir aber in der Situation, dass der Aggressor dieses Völkerrecht bricht. Damit stellt er klar das Völkerrecht infrage. Insofern ist das, was die Schweiz gemacht hat, eine politische Position. Aber es ist eine richtige Position, die in diese Zeit passt.

Fokus schärfen

Wir können sagen, dass die Sanktionen umfassender als jemals in der Geschichte waren. Im grossen Umfang wurde der Güter- und Geldtransfer gestoppt, es wurden Vermögen gesperrt. Schweizer Banken und Versicherer dürfen keine Geschäfte mehr mit russischem Öl finanzieren. Aber im Bericht von 1993 wird schon der Bruch mit dem Völkerrecht thematisiert. Es ist also keine Epochenwende. Die Schweiz hat immer wieder EU-Sanktionen übernommen. Man kann

darüber diskutieren, ob der Umfang und das Ausmass einen Schritt weiter geht. Aber es spiegelt nur wider, dass wir in der Geschichte immer wieder die Neutralität diskutieren und diskutieren müssen. Es gibt immer wieder solche Punkte, die uns ein Stück weit erschüttern und an denen wir uns darüber unterhalten müssen, was die Neutralität ist. Wie wir uns damit in der Welt positionieren und wie es in der neuen Situation weitergeht.

Fazit

Es gibt bei jedem Menschen eine andere Auffassung von Neutralität. Innenpolitisch wie auch aussenpolitisch merken wir, dass es infrage gestellt und kritisiert, nicht verstanden wird. In dieser Situation ist die Politik da, um eine strukturierte Debatte zu ermöglichen. Auch, um Neutralität zu erklären. Und zu schauen, wie man es bis jetzt handhabte. Neutral sein heisst nicht keine Haltung zu haben oder wertefrei zu sein. Die Schweiz hat meiner Meinung nach richtig reagiert die EU-Sanktionen zu übernehmen.

Sondertribunal

Ist das wirklich nötig?

Von Raymond Hurschler

Der 24. Februar 2022 wird als Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine in die Geschichtsbücher eingehen. An diesem Tag hat sich die sicherheitspolitische Lage grundlegend geändert. Der deutsche Kanzler spricht von einer Zeitenwende. Die Vorstellung, dass Angriffskriege in Europa ein Ding der Vergangenheit sind, findet ein jähes Ende. Die Naivität im Bezug auf Sicherheit und Verteidigung muss grundlegend überdacht werden. Nicht mehr länger können europäische Länder in Ruhe ihre Friedensdividenden einstreichen. Ein revisionistisches Russland an der Ostgrenze der europäischen Union muss ein Umdenken in dieser Hinsicht zur Folge haben.

Während der Angriffskrieg auf die Ukraine noch anhält, muss man sich aber bereits Gedanken machen, was nachher kommt. Obwohl noch unklar ist, wann und auf welche Art dieser Konflikt zu Ende geht, müssen bereits jetzt Massnahmen getroffen werden, um die Grundlage für eine Aufarbeitung zu legen.

Ein wichtiger Aspekt der Aufarbeitung ist der Umgang mit russischen Kriegsverbrechen, wie sie etwa in Bucha stattgefunden haben. Es muss immer das Ziel sein, solche Verbrechen aufzuklären, zu verfolgen und Verantwortliche juristisch korrekt zu verurteilen.

Das Mittel der Wahl dafür sind sogenannte Sondertribunale. Diese werden von den Ver-

einten Nationen einberufen, um Kernverbrechen des Völkerstrafrechts, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord in bestimmten Regionen und Konflikten zu beurteilen. Bisher gab es solche Sondertribunale in Jugoslawien, Ruanda, Kambodscha und im Libanon. Nachfolgend sollen einigen Gedanken formuliert werden, wieso ein Sondertribunal auch in der Ukraine Sinn ergeben würde und welches die Schwierigkeiten sind.

Ein guter Grund für die Einführung ist die Verbesserung der Legitimation von Entscheidungen gegen russische Verbrecher. Ukrainische Richter können viel einfacher als voreingenommen in Zweifel gezogen werden, als das bei internationalen Richtern der Fall ist.

Weiter kann der internationale Strafgerichtshof nur gegen Staatsbürger von Mitgliedsstaaten das Verbrechen des Angriffskrieges verfolgen. Aber weder die Ukraine noch Russland sind Mitgliedsstaaten, da beide das Römer Statut nicht ratifiziert haben, welches die Grundlagen des internationalen Strafgerichtshof bildet. Mittels eines Sondertribunals kann das umgangen werden.

Bei der Einrichtung des Sondertribunals gibt es allerdings gewisse Limitationen. Ein Zustandekommen durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates ist in der aktuellen Situation ausgeschlossen, da Russland als ständiges Mitglied ein Vetorecht gegen solche Beschlüsse hat.

Ein wahrscheinlicherer Weg ist derjenige über die Generalversammlung der Vereinten Nationen. Dazu müsste die Ukraine mit

der UN einen Vertrag schliessen, der mit Zustimmung der Generalversammlung zu einer Resolution führen würde, die die Einrichtung eines Sondertribunals ermöglicht. Das Problem hier ist, dass ein solcher Beschluss anders als jener des Sicherheitsrates nicht völkerrechtlich bindend ist, sondern nur einen empfehlenden Charakter hat.

Ebenfalls zielführend könnte der Weg über die EU sein, wo die Zustimmung für ein Sondertribunal sicherlich hoch ist. Diese Lösung funktioniert analog zu der über die UN-Generalversammlung. Die Legitimation dürfte aber international sicherlich kleiner sein als wenn der Beschluss im Rahmen der UN erfolgen würde.

Meiner Ansicht nach wäre die Einsetzung eines Sondertribunals für den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine angemessen. Internationale Richter könnten legitime und allgemein anerkannte Entscheide treffen, um Verbrechen zu bestrafen. Ein Sondertribunal würde auch die internationale Ordnung und das Völkerrecht stärken, indem Staaten, die den Frieden gefährden, zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Moment sind die Voraussetzungen für die Einrichtung noch nicht günstig, aber wie der Fall Jugoslawien gezeigt hat, kann sich die politische Lage innert wenigen Jahren fundamental ändern und unantastbar geglaubte Verbrecher müssen sich plötzlich verantworten.

Wie soll die zukünftige Aussenpolitik der Schweiz aussehen?

Die zukünftige Aussenpolitik der Schweiz: Bitte nicht nur Rosinenpickerei!

Von Markus Bucher-Erni

1982 habe ich mich mit zwei amerikanischen Musikern angefreundet, die damals für einen Monat in meiner Stammbeiz allabendlich Countrymusik spielten. Die Gespräche waren interessant und ich lernte, wie Amerikaner die Welt sehen. Unter anderem kamen wir auch auf den Zweiten Weltkrieg zu sprechen. So erfuhr ich, wie unsere offizielle neutrale Haltung im Zweiten Weltkrieg von Durchschnitts-Amerikanern wahrgenommen wurde. Der Kern der Aussage war: «Wir Amerikaner haben euch im Zweiten Weltkrieg gerettet; unsere Soldaten haben ihr Leben hingegeben, um euch von Hitler-Deutschland zu befreien. Ihr Schweizer habt als vom Krieg verschontes Land profitiert. Euer Wohlstand gründet auf dem Krieg, den andere für euch führten». Das hat mein Weltbild damals ziemlich durchgeschüttelt, war ich doch überzeugt, dass die ganze Welt die Schweiz für die clevere Aussenpolitik im Zweiten Weltkrieg bewunderte.

Jetzt passiert wieder etwas Ähnliches. Es herrscht Krieg in Europa. Zwar hat der Bundesrat schnell reagiert – auch wenn sehr unglücklich kommuniziert – und wir haben uns den westlichen Sanktionen gegen Russ-

land angeschlossen; aber dann doch nicht vollständig und irgendwie auch nicht mit vollem Herzen. Auf das Geld der Oligarchen, möchten wir dann doch auch nicht verzichten; d.h. Geld blockieren ja schon, aber ausschliesslich wenn es juristisch einwandfrei begründet werden kann...und wenn es dann wegen Verzögerungen zu spät ist, dann ist das halt Pech. Natürlich nehmen wir auch Flüchtlinge auf, aber bitte nicht zu viele. Ja, im Lamentieren sind wir Weltklasse! Ich habe mich aufgrund meiner Erfahrung gefragt: Wie sieht dazu die Aussensicht aus? Wird das als vernünftige Kleinstaatenpolitik, welche die Türen für alle offenhält, angesehen? Oder eben doch Rosinenpickerei?

Unser Mitte-Präsident Gerhard Pfister hat es am «Gormunder Zmorge» richtig gesagt: «Die ukrainischen Soldaten verteidigen auch unsere Freiheit, unsere Werte». Und da muss unsere Aussenpolitik wohl über die Bücher gehen und sich fragen: Müssen wir in diesem Fall nicht mehr Engagement zeigen? Wie lange werden unsere europäischen Partner noch bereit sein, dass wir uns nur die Rosinen herauslesen. Irgendwann werden von uns auch Taten gefragt sein, die wehtun; Solidarität, die Konsequenzen hat. Ich denke, wir sollten selbst aktiv werden, bevor es zu spät ist. Denn so positiv wie wir uns in der Welt sehen, sieht die Welt uns Schweizer nicht immer!

Kantonsrat die Mitte, Beromünster
Co-Präsident NELU (Neue Energie Luzern)

Junge übernehmen Verantwortung

Von Luca Boog, Präsident Die Junge Mitte Kanton Luzern

Seit den letzten Nationalratswahlen darf sich Die Junge Mitte Kanton Luzern offiziell wählerstärkste Jungpartei des Kantons Luzern nennen. Doch seit dem Namenswechsel von der Jungen CVP zur Jungen Mitte ist auch bei uns im Kanton Luzern einiges gegangen. Der neue Parteiname zieht junge, dynamische Persönlichkeiten in unsere Partei, welche bereit sind, sich nach unseren Grundsätzen „Der Mensch im Fokus, die Sache im Zentrum und die Freude als Treiber“ für einen lebenswerten Kanton für alle Generationen zu engagieren. An der GV 2022 konnten wir ausserdem unseren Vorstand massiv verjüngen und nun sind Personen aus allen Regionen und Wahlkreisen im kantonalen Vorstand der Jungpartei vertreten.

Doch nicht nur die Kantonalpartei wird jünger, sondern es werden auch immer mehr Mitglieder in den Sektionen. So konnten wir seit dem Namenswechsel Anfangs 2021 in den Wahlkreisen Willisau, Hochdorf und vor wenigen Wochen in Luzern-Land eigene Die Junge Mitte Wahlkreisparteien gründen. Mit den bestehenden drei Wahlkreisparteien Stadt Luzern, Entlebuch und Sursee sind wir nun in sämtlich Wahlkreisen des Kantons mit eigenen Jungparteien vertreten.

Dass die Jungpartei gewachsen ist, zeigt sich auch auf sehr erfreuliche Weise auf unseren Wahllisten. So treten wir in 5 der 6 Luzerner Wahlkreise mit eigenen Listen zur Wahl an.

Das ist ein Wahlkreis mehr als noch bei den Kantonalen Wahlen 2019. Ausserdem sind in fast allen Wahlkreisen diverse starke Kandidaturen der Jungen Mitte auf den Hauptlisten der Die Mitte. Das zeigt auf, dass wir als junge Generation bereit sind, Verantwortung für unseren Kanton und die Mitmenschen zu übernehmen. So ist es bei den Parlamentswahlen auch klar das Ziel, dass wir in den kommenden vier Jahren mit mindestens einem Sitz im Kantonsrat vertreten sind.

Doch nicht nur im Parlament möchten wir Akzente setzen, sondern auch in der Exekutive. So haben wir vergangenen Sommer unser Vorstandsmitglied Andrea Kaufmann als Regierungsratskandidatin nominiert. Andrea ist 23. Jahre jung, ist in Neudorf aufgewachsen und wohnt in Sursee. Die ausgebildete Kauffrau arbeitet aktuell als Sachbearbeiterin Immobilien-Bewirtschaftung und ist spätestens seit den Nationalratswahlen 2019 vielen Menschen in unserer Partei ein Begriff. Sie engagiert sich in diversen Die Mitte Vorständen, ist Posaunistin bei der MG Beromünster oder ist an der Fasnacht mit der Guggenmusik Bräntetätscher Schwarzenbach anzutreffen. Wer die leidenschaftliche Jungpolitikerin aus Sursee noch nicht kennt, hat definitiv etwas verpasst. Denn als abenteuerlustige, starke und ehrgeizige, junge Frau, würde sie bestimmt ihre Akzente in der Luzerner Regierung setzen.

Wir sind bereit Verantwortung für unsere Heimat – den Kanton Luzern – zu übernehmen. Helfen Sie uns mit? Es würde uns sehr freuen, wenn Sie uns bei den kommenden Wahlen vom 02. April 2023 unterstützen und wählen würden!

Regierungsratskandidatin Andrea Kaufmann

Wie würdest du dich selbst beschreiben?

Willensstark, abenteuerlustig und ehrgeizig und dabei immer in bester Gesellschaft. Verantwortung zu übernehmen und die Probleme bei der Wurzel anzupacken, sind für mich selbstverständlich und eine Haltung, welche ich in meinen Vereinsaktivitäten und in einer Unternehmerfamilie lernen durfte. Dass ich mit meinen 23 Jahren auf einen gut gefüllten Rucksack zählen kann, weiss ich sehr zu schätzen. Einen Stillstand kenne ich nicht, viel lieber bin ich innovativ unterwegs.

Wenn du die Wahl hättest, welches Departement würdest du wählen?

Vorneweg, jedes Departement hat seine Herausforderungen und Anreize. Wichtig ist, dass bei der Verteilung die Synergien innerhalb des Rates richtig eingesetzt werden. Auf meiner Prioritätenliste würde das Justiz- und Sicherheitsdepartement stehen. Der Bevölkerungsschutz ist massgebend und mit vielen Herausforderungen verknüpft. Mir am meisten verbunden ist wohl das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement.

Welche Fähigkeiten zeichnen dich besonders aus, die gerade für eine Regierungsrätin nützlich sein könnten?

Was ich mitbringe, ist nebst der Zuverlässigkeit das Selbstbewusstsein und Interesse am Neuen. Mit meiner toughen Art suche ich nach einer tragfähigen Lösung für ein gesundes und nachhaltiges Miteinander. Geboren zur Regierungsrätin ist niemand und so hat



Andrea Kaufmann, Regierungsratskandidatin

jede Kandidatur dazuzulernen. Diese Herausforderung nehme ich mich im Namen meiner Generation, der Zukunft von morgen, gerne an.

Falls du in den Regierungsrat gewählt werden würdest, welche Herausforderungen möchtest du besonders anpacken?

Der Fachkräftemangel ist ein beständiges Thema und in sämtlichen Branchen ein grosses Hindernis für die Wirtschaft. Unser Kanton soll ein gesundes Bild nach aussen tragen und mit innovativen Vorhaben eine Vorbildrolle einnehmen.

Was hat dich dazu bewogen, dass du dich für den Regierungsrat zur Wahl stellst?

Das Bevölkerungsbild soll im Regierungsrat gut abgedeckt sein. Meine Generation ist die Zukunft von morgen und massgeblich von den Entscheidungen betroffen. Unsere Haltung, Interessen und Vorhaben sollen einfließen und erfrischen können.

Welche Rolle hat die Schweiz im Krieg gegen die Ukraine?

Von Kantonsrätin Michaela Tschuor

Eine Frage, mit der sich nicht nur unser Parteipräsident Gerhard Pfister auseinandersetzt, sondern eine Frage, die uns alle umtreiben sollte. Denn wir leben in einer Zeit, in der wir offenbar lernen müssen, dass Freiheit, Frieden und Demokratie verteidigt werden müssen.

Für die Schweiz ist diese Verteidigungsfrage insofern eine Herausforderung, als dass sie sich zur Neutralität bekannt hat. Doch in der Tagespolitik wird die Neutralität zur Zwickmühle, denn der Grund und das Umfeld unseres einstigen Entscheids zur Neutralität passen scheinbar nicht mehr in das heutige Weltgeschehen. Anders als damals verbietet das Völkerrecht heute explizit Angriffskriege und die Schweiz als Hüterin des Völkerrechts wäre eigentlich in der Rolle sich für die Einhaltung desselben einzusetzen.

Diesen Einsatz kann sie jedoch nicht mit kriegesischen Verteidigungsmassnahmen leisten, da dies dem Grundsatz der Neutralität widerspricht. Sich aber gänzlich auf die Neutralität zu stützen und sich von der Ukraine genauso zu distanzieren wie von Russland, käme einer Unterstützung Russlands durch Unterlassung gleich. Zudem ist die Schweiz durch die Globalisierung, durch ihre Einsitznahme im UN-Sicherheitsrat, durch ihre vertraglichen und wirtschaftlichen Verbindungen zur EU und den USA nicht in der Situation, dass sie ihre Rolle isoliert betrach-



Michaela Tschuor, Kantonsrätin, Regierungsratskandidatin

ten kann. Die Schweiz tut also gut daran, die Neutralität als Kerngehalt ihres aussenpolitischen Handelns hochzuhalten, aber das Verständnis der Neutralität an den Kontext des Zeitgeschehens zu adaptieren.

Eric Gujer hat es kürzlich in der NZZ auf den Punkt gebracht: *„Die Neutralität ist wie ein Schweizer Taschenmesser: multifunktionell einsetzbar, aber von beschränkter Abschreckungswirkung. – Sie muss ergänzt werden durch die Kooperation gleichgesinnter Länder“*. In diesem Sinne wäre die Rolle der Schweiz jene, dass sie sich aus dem Kriegsgeschehen zwar militärisch heraushält, aber die Sanktionen der EU und der Nato mitträgt, ihre Rolle im Rohstoffhandel und Waffengeschäften mit anderen Ländern kritisch hinterfragt. Verlässlichkeit, Konsequenz und Transparenz sind ebenso Werte, die zur Schweiz als neutrales Land gehören sollten.

Patronatskomitee

Christian Blunschi, Einwohnerrat, Emmenbrücke
Markus Dürr, alt Regierungsrat, Malters
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin, Altishofen
Kathrin Graber, alt Einwohnerrätin, Kriens
Konrad Graber, alt Ständerat, Kriens
Guido Graf, Regierungsrat, Pfaffnau
Reto Wyss, Regierungsrat, Rothenburg
Marcel Hurschler, alt JCVP-Kantonsrat, Sempach
Pirmin Jung, ehem. Präsident CVP Luzern, Eschenbach
Luzia Kurmann, Buchs
Christoph Lengwiler, alt Kantonsrat, Kriens
Ruedi Lustenberger, alt Nationalrat, Romoos
Urs Marti, Kantonsrat, Zell
Erna Müller-Kleeb, alt Kantonsrätin, Rickenbach
Dani Piazza, Kantonsrat, Malters
Marlis Roos Willi, Kantonsrätin, Geiss
Martin Schwegler, ehem. Parteipräsident CVP Luzern, Menznau
Anton Schwingruber, alt Regierungsrat, Werthenstein
Xaver Vogel, Menzberg
Franz Wicki, alt Ständerat, Grosswangen
Franz Wüest, alt Kantonsrat, Ettiswil
Pius Zängerle, alt Kantonsrat, Adligenswil

Impressum

Auflage 1630 Exemplare

Redaktionsleitung Gilles Ineichen, Reiderstrasse 7, 4806 Wikon, jcvp-jmpuls@gmx.ch

Layout Esther Unternährer-Hagmann, esther_hagmann@hotmail.com

Präsident der Jungen Mitte Kanton Luzern Luca Boog, Eichenstrasse 1, 6222 Gunzwil, luca.boog@diejungemitte.ch

Der «Jmpuls» erscheint viermal jährlich zuhnden der Abonnenten, der Mitglieder der Jungen Mitte Kanton Luzern sowie der Spender des «Jmpuls» und der Junge Mitte Kanton Luzern.

Die Abonnementskosten betragen jährlich 10 Franken. Für Mitglieder der Jungen Mitte Kanton Luzern ist der Jmpuls kostenlos.

Verlegerin ist die Junge Mitte Kanton Luzern.

	AZB
	Keine Adressberichtigungen